

Feilschen über die Bussenhöhe

FINANZMARKTAUFSICHT Noch ist das Finanzmarktaufsichtsgesetz nicht unter Dach: Der Nationalrat schlägt eine neue Bussenregelung bei Verletzung der im Börsengesetz festgehaltenen Meldepflicht vor.

Ursprünglich hatte der Nationalrat die Busse auf 20 Millionen Franken bei Vorsatz und 10 Millionen bei Fahrlässigkeit festgesetzt. Der Ständerat liess es bei zwei Millionen respektive einer Million Franken bewenden. Eine harte Strafe sieht er bereits in der mit der Verschärfung der Meldepflicht für Beteiligungen beschlossenen Suspendierung des Stimmrechts.

Neu schlägt der Nationalrat nun aber bei Vorsatz die Anwendung des geltenden Rechts vor. Danach beträgt die Busse höchstens das Doppelte des Kauf- und Verkaufspreises, was auch mehr als 20 Millionen sein können. Berechnet wird sie aufgrund der Differenz zwischen dem Anteil, über den der Meldepflichtige neu verfügt, und dem letzten von ihm gemeldeten Grenzwert. Die Vorlage geht noch einmal zurück in den Ständerat. (sda)

Finanzausgleich ohne Stolperstein

NFA Der Neue Finanzausgleich kann voraussichtlich Anfang 2008 vollumfänglich in Kraft treten. Mit einem Kompromiss bei der Abgeltung der so genannten nachschüssigen IV-Leistungen haben die Räte gestern ihre letzte Differenz ausgeräumt. Der Kompromiss sieht vor, dass der Bund die Hälfte, die Kantone und die IV je einen Viertel der fast zwei Milliarden Franken tragen.

Der Nationalrat ist gestern diesem ständerätlichen Kompromissvorschlag oppositionslos gefolgt. Die Grosse Kammer hatte zuvor zweimal darauf beharrt, dem Bund 1,226 Milliarden Franken und den Kantonen 736 Millionen zu belasten, um so die stark angeschlagene IV vor einer weiteren Verschuldung beim AHV-Fonds zu schützen und die Kantone für ihr früheres grosszügiges Verhalten im IV-Bereich auch nach dem Inkrafttreten des NFA finanziell bei der Stange zu halten.

Dank dem Kompromiss können nun alle vier Pakete des NFA voraussichtlich Anfang 2008 integral in Kraft treten. Bereits in der ersten Beraterrunde hatten die Räte in dieser Session die Dotierung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs unter Dach gebracht, die wie die IV-Regelung Teil der dritten Botschaft zum NFA ist. Sie blieben dort auf der Linie des Bundesrats und vermieden Entlastungsgeschenke an die «reichen» Kantone.

Für den so genannten horizontalen Lastenausgleich sollen diese nun rund 1,259 Milliarden Franken zur Verfügung stellen, und der Grundbeitrag des Bundes soll knapp 1,8 Milliarden Franken betragen. (sda)

KURZ

Patentprüfer protestieren

BERN Europäische Patentprüfer haben gestern in Bern gegen die von der Schweiz geforderten Reformen protestiert. Der Vorschlag für eine neue Steuerregelung der Mitarbeiter-Pensionen bringe eine Mehrbelastung für das in München angesiedelte Europäische Patentamt (EPA). Das Justizdepartement wies diese Vorwürfe zurück. Die Schweiz verlangt als Mitglied der Europäischen Patentorganisation gemeinsam mit drei anderen Mitgliedstaaten den Abbau von Steuerprivilegien für ehemalige Mitarbeiter des Europäischen Patentamts. Die Verwirklichung des Schweizer Vorschlags würde laut den Protestierenden zu einer ungerechtfertigten jährlichen Mehrbelastung von 80 Millionen Euro für das EPA führen, während die 32 Mitgliedstaaten diesen Betrag einsparen könnten. (ap)

Unnütze Neutralität

Thesen zur Neutralität: **Abschaffen** oder zumindest anders interpretieren

Es sei nicht richtig, die aktive schweizerische Aussenpolitik unter den Titel «aktive Neutralität» zu stellen, wie dies Aussenministerin Micheline Calmy-Rey gerne tut: Dies ist eine der Grundaussagen eines neuen Werkes über die schweizerische Neutralität.

TOBIAS KÄSTLI *

Die grössten Bedrohungen der Schweiz sind längst nicht militärischer Art und betreffen nicht die Schweiz allein, sondern grosse Regionen oder die Staatengemeinschaft insgesamt. Dabei stehen ökologische und gesundheitliche Risiken im Vordergrund. «Eine an der Neutralitätsmaxime orientierte Sicherheitspolitik macht gegenüber solchen Entwicklungen wenig Sinn», schreibt Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaft am Europainstitut der Universität Basel. Seine Darlegungen sind in einer schlanken und höchst lesenswerten Aufsatzsammlung zur Neutralitätsproblematik erschienen. Zusammen mit den meisten andern Autoren des von Georg Kreis herausgegebenen Bandes ist Goetschel der Meinung, die traditionelle Neutralitätspolitik habe ausgedient und die Schweiz brauche eine konzeptionell gut abgestützte, aktive Aussenpolitik. Er hält es nicht für richtig, diese Aussenpolitik unter den Titel «aktive Neutralität» zu stellen, wie es unsere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey tut – weshalb sie dies tut, legt sie im Vorwort des Buchs selber dar. Goetschel betont demgegenüber, aktive Aussenpolitik sei etwas anderes als Neutralitätspolitik, habe andere Voraussetzungen und andere Ziele. Man sollte seiner Meinung nach die beiden Begriffe nicht miteinander vermischen.

90 Prozent wollen sie erhalten

Die Neutralität abschaffen? Umfragen ergeben, dass rund 90 Prozent der Bevölkerung an der Schweizer Neutralität festhalten wollen. «Es ist in einer Demokratie unüblich, etwas abzuschaffen, wozu sich eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung regelmässig bekennt», schreibt Goetschel. Damit ist René Rhinow, der ehemalige Staatsrechtsprofessor und Ständerat des Kantons Basel-Landschaft, nicht ganz einverstanden. Es sei zu fragen, ob die Leute, die sich für die Beibehaltung der Neutralität aussprechen, eigentlich wissen, wovon sie reden. Neutralität könne heute keine vernünftige Staatsmaxime mehr sein. Knapp und deutlich zeigt Rhinow auf, was im 19. Jahrhundert der Sinn der Schweizer Neutralität war und weshalb sie aus völkerrechtlicher Sicht heute ausgedient hat. «Das Völkerrecht und die Staatengemeinschaft haben sich fundamental verändert. Kriegerische Handlungen sind nicht nur den Neutralen, sondern nach der Uno-Charta allen Staaten untersagt.» Im heutigen System der kollektiven Sicherheit muss die Schweiz im eigenen Interesse mitmachen. Dabei soll sie sich nach



Micheline Calmy-Rey steht auf der Grenzlinie zwischen Nord- und Südkorea – und versteht solche symbolträchtige Aussenpolitik als Teil der «aktiven Neutralität»

VINCENT THIAN/KEYSTONE

Meinung Rhinows speziell für die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte stark machen, denn dies, und nicht das Abseitsstehen, entspricht ihren Sicherheitsbedürfnissen.

Nun gibt es allerdings Diplomaten, die sagen, die Neutralität der Schweiz sei bis heute ein Pluspunkt und verschaffe der Schweiz internationales Ansehen. Das anerkennt auch die junge Völkerrechtsprofessorin Samantha Besson, die an der Universität Freiburg lehrt. Der Schweiz sei es gelungen, aus der Not ihrer mangelnden Solidarität gegenüber der Staatengemeinschaft eine Tugend zu machen, indem «ihr internationales Engagement für Frieden und Menschenrechte jene Glaubwürdigkeit geniesst, die ihre Neutralität garantiert».

Trotzdem ist sie dagegen, die Neutralität beizubehalten. Sie verwirft auch das Konzept einer «aktiven Neutralität», weil sie der Meinung ist, der Frieden in der Welt könne nur dann erreicht werden, wenn alle Staaten erkennen, dass das alte Konzept der einzelstaatlichen Sou-

veränität zugunsten einer «kooperativen Auffassung von Souveränität» aufgegeben werden muss. Es gibt keine Alternative zur Zusammenarbeit zwischen den Staaten, zur Einhaltung gemeinsamer Regeln, zur Sanktionierung derjenigen, die die Regeln brechen. In der heutigen Welt hat die Neutralität, wie sie 1815 konzipiert und 1907 vertraglich geregelt wurde, keinen Platz mehr.

Die weiteren Aufsätze des Sammelbandes stammen von Alois Riklin, Daniel Thüer, Paul Widmer, Georg Kreis, Thomas Maissen und Rolf C. Ribl. Alle diese Autoren haben sich schon mehrfach zur Neutralität geäußert. Hier tun sie es in wohlthuend knapper Art. Der Diplomat und Historiker Paul Widmer ist der Einzige, der an der traditionellen Neutralitätspolitik festhalten möchte. «Neutralität ist eine aussenpolitische Haltung, die viel mit Glaubwürdigkeit zu tun hat», schreibt er und meint damit eine Haltung der «Nichtteilnahme an Konflikten», die so glaubwürdig zu vertreten sei, dass die Schweiz eben von diesen Konflikten verschont bleibe.

Ein wenig selbstironisch gibt sich dagegen Georg Kreis. Er, der vor noch nicht langer Zeit ein mehrere hundert Seiten dickes Buch über die Schweizer Neutralität geschrieben hat, meint nun, wir sollten zur Neutralität «auf Distanz gehen und uns so viel Selbstdisziplin auferlegen, das ewige Reden von der ewigen Neutralität inskünftig einfach zu lassen». Nun, das wird wohl ein frommer Wunsch bleiben. Denn, wie gesagt, die grosse Mehrheit der Bevölkerung möchte an der Neutralität festhalten, und Aufklärungsarbeit zu innenpolitischen, aussenpolitischen und völkerrechtlichen Aspekten der Schweizer Neutralität, wie sie im vorliegenden Buch geleistet wird, ist alles andere als überflüssig.

*Der Autor Tobias Kästli ist Historiker, Journalist und Publizist.

II] DIE SCHWEIZER NEUTRALITÄT

Georg Kreis (Hg.): «Die Schweizer Neutralität. Beibehalten, umgestalten oder doch abschaffen?» Werd-Verlag, Zürich 2007, 159 Seiten, Fr. 34.90.

Mehr Integration

ZÜRICH Die Zürcher FDP verlangt ein kantonales Integrationsgesetz. Sie reichte im Kantonsrat eine entsprechende parlamentarische Initiative ein. Die Integration der im Kanton längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländer sei eine prioritäre Aufgabe für die Gesellschaft, argumentiert die FDP. Der Integrationsprozess erstreckte sich oft über mehrere Generationen. Da sei Kommunikationskompetenz nötig. (sda)

Mehr Geld

UNWETTER Die Kantone Uri, Nid- und Obwalden sollen für die Bewältigung der Unwetterschäden vom August 2005 mehr Geld erhalten. Der Nationalrat hat gestern für eine entsprechende Motion votiert. Die Motion verlangt vom Bundesrat gegen dessen Willen, die Unwetterhilfe von bisher 250 Millionen Franken so auszuweiten, dass den am stärksten betroffenen Kantonen «eine zumutbare Pro-Kopf-Belastung» verbleibt. (ap)

Ruey zum Heks

BASEL Der Waadtländer Nationalrat Claude Ruey, Präsident der Liberalen Partei der Schweiz, wird neuer Präsident des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen der Schweiz (Heks). Die Abgeordneten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes haben den 57-Jährigen gestern an die Spitze des Heks gewählt. Ruey gehörte seit 2002 verschiedenen Leitungsgremien des Heks, seit 2006 auch dem Stiftungsrat an. (sda)

Erdgasboom

ENERGIE Das Schweizer Erdgasnetz ist 2006 um 200 Kilometer auf 16 700 Kilometer gewachsen. Insgesamt waren 868 Gemeinden angeschlossen, 32 mehr als im Vorjahr. Damit verfügt ein Drittel aller Gemeinden über eine Erdgasversorgung. In diesen Gemeinden wird rund jede dritte Heizung mit Erdgas betrieben. Immer bedeutender wird das Erdgas als Treibstoff. Inzwischen verkehren in der Schweiz etwa 4000 Erdgas-Fahrzeuge. (sda)

KURZ

Initiative bremst die Gemeindefusionen nicht

GLARUS Der Glarner Regierungsrat sieht keine Veranlassung, die von der Landsgemeinde verlangte Gemeindefusionen wegen einer gegnerischen Initiative zu stoppen. Er hält am Fahrplan fest und appelliert ans demokratische Bewusstsein der Gegner. Die heute über 70 Körperschaften des Kantons Glarus sollen inskünftig in drei Gemeinden zusammengefasst werden. Anfang Juni wurde bekannt, dass ein Initiativkomitee Unterschriften sammelt, um die Strukturreform umzustossen. (sda)

Aargauer Schüler lernen ab der 3. Klasse Englisch

AARAU Die Aargauer Primarschüler müssen ab der 3. Klasse Englisch als erste Fremdsprache lernen. Der Grosse Rat stimmte gestern der Einführung von Frühenglisch ab Schuljahr 2008/09 und einem wiederkehrenden Jahreskredit von 10,37 Millionen Franken zu. Der Entscheid fiel mit 103 zu 14 Stimmen. Der Aargau setzt anders als die Nachbarkantone Solothurn und die beiden Basel auf Englisch als erste Fremdsprache. (sda)

SP will Kosten beschränken

PFLGE Pflege dürfe nicht zur Armutsfalle werden: Darum schlägt die SP-Fraktion eine maximale Patientenbeteiligung von 3600 Franken im Jahr vor. Das entspreche der ordentlichen Jahresfranchise in der Grundversicherung. Damit stellt sich die Fraktion gegen den Vorschlag der nationalrätlichen Gesundheitskommission, welche die maximale Beteiligung der Versicherten bei etwa 7100 Franken im Jahr festlegen will. (sda)

Schaper als Kulturchef

SRG Rainer M. Schaper ist als neuer Kulturchef für das Schweizer Fernsehen vorgeschlagen. Der Leiter der Geschäftsstelle SRG Deutschschweiz, Kurt Nüssli, bestätigte gestern einen Vorbericht der «Weltwoche», wonach der 53-jährige Deutsche am Freitag als einziger Kandidat zur Wahl steht. Schaper ist zurzeit Leiter des 3sat-Kulturmagazins «Kulturzeit». Der bisherige SF-Kulturchef Adrian Marthaler tritt per Ende 2007 vorzeitig in den Ruhestand. (ap)

Aus für 0900er-Nummern

TELEFON Das Bundesamt für Kommunikation hat letztes Jahr 250 Mehrwertdienstnummern aus dem Verkehr gezogen. Diese kostenpflichtigen 0900er-Nummern hatten sich nicht an Preisbekanntgabevorschriften gehalten, Lotterien durchgeführt oder die Gebühren nicht bezahlt. In zwei Fällen wurden die Nummern mit superprovisorischen Massnahmen per sofort ausser Gefecht gesetzt. Zudem wurden in fünf Fällen Geldsanktionen zwischen 500 und 22 000 Franken verfügt. (sda)

Das Oberwallis unter Druck

WALLIS Die Bevölkerungsentwicklung im deutsch- und im französischsprachigen Teil des Wallis läuft immer weiter auseinander. Das Oberwallis ist im Jahr 2005 ins Minus gerutscht, während in allen anderen Regionen die Wohnbevölkerung weiter zunahm. Innerhalb der letzten 15 Jahre sank damit der Anteil der Oberwalliser an der Gesamtbevölkerung von 28,15 auf 27,1 Prozent. (sda)

Grüner Steuervorschlag

STEUERMODELLE Die Fraktion der Grünen will in der heutigen Steuerdebatte eine Umkrempelung des Schweizer Steuersystems verlangen. Sie wollen Bundesrat und Parlament auffordern, das so genannte Modell Zehnder praxistauglich zu machen. Das Modell sieht vor, dass ab einer bestimmten Einkommensgrenze nur noch der Bund Steuern erhebt. Unterhalb der Limite würden nur Kantone respektive Gemeinden Steuern einziehen. Dadurch werde der Steuertourismus eingedämmt. (sda)